

03.02.2010

## **Kommunen vor dem Kollaps**

### **Viele kommunale Dienstleistungen stehen vor dem Aus**

Den Städten und Gemeinden fehlten in 2009 rund 10 Prozent ihrer Steuereinnahmen. In diesem Jahr werden es 14 Prozent im Vergleich zum Jahr 2008 sein. Schon heute ist absehbar: Auch in den nächsten Jahren werden die Steuereinnahmen eher bescheiden ausfallen, während die Kosten für soziale Leistungen weiter ansteigen werden. Für die Jahre 2010 bis 2013 ist daher mit jährlichen Defiziten im kommunalen Gesamthaushalt in Höhe von bis zu 12 Mrd. Euro zu rechnen. Die Folgen dieses Finanzdesasters wird für die Menschen vor Ort deutlich spürbar werden. Denn bis 2013 werden den Städten und Gemeinden rund 50 Mrd. Euro für Investitionen in die kommunale Infrastruktur fehlen.

### **Die Bürgerinnen und Bürger sind die Verlierer**

Die ersten Städte und Gemeinden sind bereits gezwungen, ihre Gebühren zu erhöhen oder gar Einrichtungen zu schließen. Mittelkürzungen bis zur völligen Schließung droht auch einigen Kultureinrichtungen. Die jüngsten Proteste in Wuppertal, bei denen 2.000 Bürgerinnen und Bürger gegen die Schließung des Schauspielhauses demonstrierten, zeigen: Viele Menschen sind nicht bereit, den schwarz-gelben Kahlschlag bei den Kommunalfinzen mitzutragen.

Über kurz oder lang wird sich die schwarz-gelbe Mär vom "Mehr Netto vom Brutto" in Luft auflösen. Ihre Steuergeschenke kommen in erster Linie den Besserverdienenden zugute. Die Verlierer sind vor allem Familien und GeringverdienerInnen. Ihnen bleibt vielerorts weniger "Netto vom Brutto", denn sie sind am meisten auf die kommunale Infrastruktur - wie Kitas, Bibliotheken und Schwimmbäder - angewiesen.

Kürzungen bei den sozialen Leistungen, der Wegfall der Gewerbesteuer oder weitere Steuersenkungen – wie es Schwarz-Gelb plant – dürfen nicht die Antwort auf die Krise der Gemeindefinzen sein.

### **Was die Kommunen brauchen**

Die Städte und Gemeinden brauchen eine grundlegende Finanzreform, die

- auf Steuersenkungen zu Lasten der Städte und Gemeinden verzichtet,
- zu einer Verstärkung der Steuereinnahmen aus Gewerbesteuer und Grundsteuern beiträgt,
- den Kostenanstieg der Kommunen bei den Sozialausgaben ohne Leistungskürzungen dämpft,
- verfassungsrechtlich endlich eine aufgabengerechte Finanzausstattung sicherstellt,
- den Kommunen, die sich nicht mehr aus eigener Kraft von ihrer Schuldenlast befreien können, aus ihrer ausweglosen Situation hilft.

Wir Grüne wollen die Weichen für eine gerechte Finanzausstattung der Städte und Gemeinde neu stellen und die Kommunen unterstützen, die ihre Aufgaben wieder selbst erbringen wollen.

### **Fraktionsbeschluss**

Kommunen stärken (<http://www.gruene-bundestag.de/cms/archiv/dokbin/269/269952@de.pdf>)

### **Mehr zum Thema**

Grüne Kommunalpolitik (<http://www.gruene-bundestag.de/cms/kommunen/dok/310/310240@de.html>)